

Sitzungsniederschrift

10. Sitzung des Finanzausschusses

Sitzungsort: Kreishaus Aurich, Sitzungssaal 1.105, Fischteichweg 7-13, 26603 Aurich		
Sitzungsdatum: 17.10.2017	Sitzungsbeginn: 15:00 Uhr	Sitzungsende: 17:44 Uhr

Mitglieder / Anwesende	Fraktion Gruppe	Funktion Anmerkung
Vorsitz		
Gossel, Arnold	CDU	
Mitglieder		
Bargmann, Bodo	CDU	
Constant, Franz	LtB	Vertretung für Herrn Helmut Roß
Harms, Antje	SPD	
Jelken, Friedhelm	CDU	
Jeromin-Oldewurtel, Beate	GRÜNE	
Kleen, Barbara	SPD	
Kleinert, Ingeborg	SPD	Vertretung für Herrn Wiard Siebels
Looden, Jan-Adolf	AfD	Vertretung für Herrn Holger Looden
Meyer, Alfred	SPD	
Röben, Hinrich	SPD	Vertretung für Frau Julia Feldmann
Seelgen, Blanka	DIE LINKE.	
Strömer, Wilhelm	FW	
Grundmandat		
Meyerholz, Hans-Gerd	GFA	
Verwaltung		
Eiben, Talea		Amtsleiterin Amt für Schulen und IT
Hanekamp, Nicole		Protokollführerin
Rieger, Anne-Mareka		Amtsleiterin Amt für Kreisstraßen, Wasserwirtschaft und Deiche
Saathoff, Irene		Amtsleiterin Zentrale Finanzverwal- tung

Weber, Harm-Uwe

Landrat

Nicht anwesend:**Mitglieder**

Feldmann, Julia SPD

Looden, Holger AfD

Roß, Helmut Roß

Siebels, Wiard SPD

TagesordnungÖffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 28.08.2017
5. Einwohnerfragestunde
6. Erste Beratung des Haushaltsplanes 2018, Vorstellung des Entwurfes des Investitionsplanes
7. Verschiedenes, Wünsche, Anregungen
8. Einwohnerfragestunde
9. Schließung der Sitzung

Öffentlicher Teil:**TOP 1 Eröffnung der Sitzung**

Vorsitzender Gossel eröffnete um 15.00 Uhr die 10. Sitzung des Finanzausschusses. Er begrüßte die Mitglieder des Ausschusses, die Vertreter der Verwaltung und die Vertreter der Presse.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Vorsitzender Gossel stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Abgeordneter Constant nahm für den Abgeordneten Roß, Abgeordnete Kleinert für den Abgeordneten Siebels, Abgeordneter Jan-Adolf Looden für den Abgeordneten Holger Looden und Abgeordneter Röben für die Abgeordnete Feldmann an der Sitzung teil.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel teilte mit, dass sie allgemeine Fragen zur anstehenden Haushaltsberatung habe und wollte wissen, wann sie die Fragen stellen könne.

Vorsitzender Gossel sagte, dass Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel ihre Fragen im Anschluss an die Vorstellung des Investitionsplanes stellen könne.

Da es keine Einwände gegen die Tagesordnung gab, wurde diese festgestellt.

TOP 4 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 28.08.2017

Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel wollte in Bezug auf die Ausführungen auf der Seite 11 der Niederschrift wissen, ob die Zahlen für das dritte Quartal der UEK gGmbH schon vorliegen.

Landrat Weber antwortete, dass der Bericht zum Ende des dritten Quartals zurzeit noch nicht vorliege.

Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel bat um Information in der nächsten Sitzung des Finanzausschusses.

Die Niederschrift über die 9. Sitzung des Finanzausschusses vom 28.08.2017 wurde einstimmig genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 11 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 2
⇒ **einstimmig beschlossen**

TOP 5 Einwohnerfragestunde

Zu diesem Tagesordnungspunkt lagen keine Wortmeldungen vor.

TOP 6 Erste Beratung des Haushaltsplanes 2018, Vorstellung des Entwurfes des Investitionsplanes

Der erste Entwurf des Investitionsplanes (Anlage 1) wurde zu Beginn der Sitzung an die Anwesenden verteilt.

Frau Saathoff erläuterte den Aufbau des Investitionsplanes (Investitionsnummern, Sortierung und Bedeutung der einzelnen Farben). In der heutigen Sitzung werde Frau Eiben die investiven Haushaltsansätze für den Bereich der Schulen und IT und Frau Rieger für den Bereich des Amtes für Kreisstraßen, Wasserwirtschaft und Deiche erläutern.



Frau Saathoff führte zu den investiven Ansätzen des Inneren Dienstes (Amt 10), der Zentralen Finanzverwaltung (Amt 20) und des Ordnungsamtes (Amt 32) aus. Bei der Betriebs- und Geschäftsausstattung der Verwaltung (I10-00-003) sei u.a. die Anschaffung eines Scanners für die Einführung des elektronischen Rechnungsworkflows in Höhe von 15.000 € vorgesehen.

Im Zusammenhang mit der Erläuterung von **Frau Saathoff** bezüglich des Haushaltsansatzes für die Ladestationen der Elektro-Fahrzeuge, schlug **Abgeordnete Harms** vor, beim Kreishaus eine Ladestation für E-Bikes einzurichten.

Der Vorschlag wurde von **Landrat Weber** aufgenommen und wird durch die Verwaltung entsprechend geprüft.

Anmerkung der Verwaltung

Seitens der Eigentümergemeinschaft TB Investment / Landkreis Aurich bestehen bereits Planungen zur Errichtung von Ladesäulen für E-Bikes.

Frau Saathoff sagte, dass der Haushaltsansatz für die Krankenhausfinanzierung (I20-00-002) nach Vorliegen der Steuerkraftzahlen evtl. angepasst werde. Der Geschäftsanteil für die Trägergesellschaft der Zentralklinik in Höhe von 1,25 Mio. € für das Jahr 2018 sei gestrichen worden.

Bei der Investitionsnummer I23-13-016 seien Haushaltsmittel für den Umbau der bisherigen Tankstelle am Fischteichweg in Aurich vorgesehen. Es sei ein separater Eingang für das Jobcenter mit einem Fahrstuhl geplant.

Abgeordneter Bargmann fragte nach, ob in dem Haushaltsansatz Mittel für den neuen Eingangsbereich beim Landkreis/Carolinenhof enthalten seien.

Landrat Weber teilte mit, dass dem Landkreis für die Neugestaltung des Haupteingangsbereiches keine Kosten entstehen würden. Die Kosten würde der Carolinenhof-Eigentümer TB-Investments übernehmen.

Abgeordnete Seelgen erkundigte sich, warum das Jobcenter einen separaten Eingang benötige.

Landrat Weber antwortete, dass das Jobcenter viel Publikumsverkehr habe und es für die Einrichtung eines separaten Eingangs für das Jobcenter viele praktische Gründe gebe (u.a. abweichende Öffnungszeiten, enge Treppenhäuser).

Frau Saathoff führte aus, dass der Fettabscheider für die Küche des Zeltplatzes Norderney (I23-18-0..) erneuert werden müsse (HA 2018 = 25.000 €). Außerdem sei auf einem bereits vorhandenen Fundament beim Zeltplatz die Errichtung eines Mehrzweckgebäudes (I23-18-0., HA = 100.000 €) geplant. In dem Gebäude sei die Durchführung von Seminaren vorgesehen. Die Vorstellung des Konzeptes erfolge in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses.

Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel fragte nach, warum bei einem neuen Gebäude der Fettabscheider für die Küche erneuert werden müsse.

Frau Rieger sagte, dass die für die Einleitung in das Abwassernetz der Stadt Norderney erforderlichen Werte vermutlich nicht erreicht werden würden und aus diesem Grund die Neuanschaffung erforderlich sei.



Anmerkung der Verwaltung

Die Stadt Norderney verlangt eine Überprüfung und Berechnung für den erforderlichen Fettabscheider der Küche auf dem Zeltplatz. Damit ist der weitere Betrieb des vorhandenen, aber zu kleinen Fettabscheiders hinfällig. Die Kosten belaufen sich auf 25.000 €. Die Anlage muss spätestens zum Beginn der neuen Zeltsaison im Frühjahr 2018 in Betrieb gehen können.

Frau Eiben erläuterte ausführlich die investiven Haushaltsansätze des Amtes für Schulen und IT. Zu Beginn der Sitzung wurde eine Übersicht über die Haushaltsmittel für die Ausstattung der kreiseigenen Schulen im Investitionshaushalt (Anlage 2) an die Anwesenden verteilt.

Bei den Haushaltsansätzen für die Kreisschulbaukasse sei eine Förderung der Baumaßnahme der IGS Aurich zurzeit nicht enthalten. Dieses müsse noch geprüft werden.

Bei den Inklusionsmaßnahmen an Schulen (I40-15-002) sei der Bau eines Fahrstuhls für die Förderschule Aurich vorgesehen.

Auf die Frage der **Abgeordneten Jeromin-Oldewurtel**, ob in anderen Schulen ebenfalls Fahrstühle angeschafft werden müssen, antwortete **Frau Eiben**, dass sie das nicht ausschließen könne.

Frau Eiben führte weiter aus, dass die Haushaltsansätze für den Neubau der IGS Aurich zeitlich nach hinten verschoben worden seien (2018 = 4,4 Mio. €, 2019 = 7,6 Mio. €, 2020 = 3,2 Mio. €), weil mit dem Bau frühestens im Mai 2018 begonnen werde und die Mittel im nächsten Jahr somit nicht in vollem Umfang benötigt würden.

Frau Saathoff setzte die Mitglieder über den Gesetzentwurf zum Niedersächsischen Kommunalinvestitionsförderungsgesetz (KIP II, Schulsanierungsprogramm) in Kenntnis. Anhand einer vorliegenden Probeberechnung würde der Landkreis Aurich 3,3 Mio. € Fördermittel für energetische Sanierungen der Schulen erhalten. Eventuell bestehe auch die Möglichkeit, die Fördermittel für den Neubau der IGS Aurich zu erhalten. Die Mittel seien zum jetzigen Zeitpunkt aber nicht im Investitionsplan eingeplant.

Frau Eiben informierte, dass für die Erstausstattung der IGS Aurich 1,5 Mio. € für das Jahr 2020 eingeplant seien (I40-20-001). Das seien etwa zehn Prozent der Neubaukosten. Hierbei handele es sich um einen Erfahrungswert für die Neuausstattung von Schulen.

Frau Saathoff erläuterte die Haushaltsansätze für die Erneuerung der Dachflächen an der Schule am Moortief (I23-18-0..).

Abgeordneter Bargmann wollte wissen, warum die Dachflächen an der Schule am Moortief nicht in einem Bauabschnitt erneuert werden würden. Seiner Meinung nach sei es kostengünstiger, die Maßnahme in einem Bauabschnitt durchzuführen. Er bat die Verwaltung um Prüfung.

Anmerkung der Verwaltung

Die Erneuerung der Dachflächen ist in einem Bauabschnitt nicht möglich, weil die Arbeiten überwiegend in der Ferienzeit durchgeführt werden müssen.



Abgeordneter Meyerholz fragte nach dem Sachstand des Sportplatzes bei der BBS Aurich. Der Sportplatz sei vor ein paar Jahren erneuert worden, befinde sich aber teilweise in einem sehr schlechten Zustand.

Abgeordneter Röben ergänzte, dass der Sportplatz kaum genutzt wurde und die große Turnhalle ausreichend sei.

Anmerkung der Verwaltung:

Eine Sanierung war in vergangenen Jahren bereits vorgesehen. Da in diesem Bereich viele Bäume vorhanden sind, deren Wurzeln sowie auch fallendes Laub den Belag zerstört haben, wäre eine Sanierung sehr teuer geworden. Auch die Schulleitung hält nach Auskunft des Technischen Gebäudemanagements die Sanierung für nicht erforderlich und spricht sich für den Abbau der Anlage aus (Grünfläche).

Bezüglich der Investitionen in das ehemalige FTZ-Gebäude in Norden kündigte **Frau Eiben** eine zeitnahe Beratung im Schulausschuss an.

Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel wollte wissen, was die Sanierung des ehemaligen FTZ-Gebäudes koste. Sie habe bereits mehrfach nach einem endgültigen Plan, welche Mittel eingeplant werden müssen, gefragt. Es handele sich um ein großes altes Gebäude, was jahrelang leer gestanden habe. Sie habe bereits bei der Überlegung, das Gebäude zu kaufen, nachgefragt, welche Mittel investiert werden müssen.

Die politische Entscheidung über die Investitionen in das FTZ-Gebäude stehe noch aus, so **Landrat Weber**.

Frau Saathoff sagte, dass sich die durchgeführten Malerarbeiten und die Investitionen in den Heizungslüfter nur auf die Kfz-Werkstatt (Garagen) bezogen hätten, die bereits vorher durch die BBS genutzt worden seien.

Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel zeigte sich verärgert über die Verfahrensweise, dass der Schulausschuss über die Investitionen in das FTZ-Gebäude entscheiden solle und im Finanzausschuss werde die Angelegenheit nur noch „abgenickt“.

Sie monierte den vorgesehenen Abriss des alten Feuerwehrgebäudes in der Klosterstraße zur Herstellung von Parkplätzen. Für das Stadtbild von Norden sei das nicht gut.

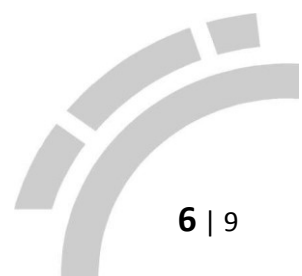
Frau Saathoff wies darauf hin, dass schon bei dem Kauf des FTZ-Geländes der Abriss dieses Gebäudes geplant gewesen sei.

Vorsitzender Gossel bedankte sich bei Frau Eiben.

Frau Eiben verließ den Sitzungsraum um 16.31 Uhr.

Frau Rieger erläuterte ausführlich die Investitionen des Amtes für Kreisstraßen, Wasserwirtschaft und Deiche anhand des Investitionsplanes (Anlage 1). Es werde zurzeit eine Karte mit den Investitionsnummern erstellt, die dem Protokoll als Anlage (Anlage 3) beigefügt werde.

Bei dem Ausbau und der investiven Erneuerung von Kreisstraßen (I66-00-003) seien aufgrund einer Forderung des Rechnungsprüfungsamtes bereits in diesem Jahr 500.000 € vom Finanz- in den Ergebnishaushalt verschoben worden, weil es sich um Unterhaltungsmaßnahmen und nicht um Investitionen handele.



Bezüglich der Radwegebaumaßnahmen seien in den letzten Jahren, insbesondere bei den Brückenbauwerken, erhebliche Preissteigerungen festgestellt worden, sodass die Haushaltsansätze teilweise angepasst werden mussten (rote Schattierung).

Für die Förderung durch das Niedersächsische Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (NGVFG) seien zwei Maßnahmen (Kreisverkehr K 118 Upgant-Schott, I66-12-007 und Radweg K 130 Pfalzdorf-Spekendorf, I66-14-004) angemeldet worden. Das Gesetz laufe nur noch bis Ende 2019. Durch die Auflösung des Landtages sei das neue Gesetz nicht mehr beraten und beschlossen worden. Es bestehe aber die Hoffnung, dass das Gesetz im Laufe des nächsten Jahres beschlossen werde.

Der Umbau der Kreuzung K 111 – Fischteichweg (I66-13-006) sei auf das nächste Jahr verschoben worden, so **Frau Rieger**.

Abgeordneter Meyerholz erkundigte sich, warum die Maßnahme immer wieder verschoben werde.

Frau Rieger sagte, dass es sich um eine sehr umfangreiche Planung (Land, Stadt und Landkreis) handele, die einen hohen Abstimmungsbedarf unter den Behörden erfordere.

Abgeordneter Rößen verließ den Sitzungsraum um 16.57 Uhr.

Abgeordneter Looden wollte wissen, warum für die Kreisstraßenmeisterei eine digitale Betriebsfunk-Anlage (I66-19-005) geplant sei.

Frau Rieger führte aus, dass die Mitarbeiter der Kreisstraßenmeisterei in einigen Bereichen des Kreisgebietes über das Handynetz teilweise schwer zu erreichen seien. Zur Verbesserung der Erreichbarkeit sei die Installation eines zweiten Funkmastes vorgesehen.

Vorsitzender Gossel bedankte sich bei Frau Rieger.

Frau Rieger verließ den Sitzungsraum um 17.11 Uhr.

Frau Saathoff fasste den Entwurf des Investitionsplanes zusammen. Durch die Herausnahme des Geschäftsanteils für die Trägergesellschaft konnten die Auszahlungen um 1,25 Mio. € reduziert werden. Die Verschiebung der Haushaltsansätze bei dem Neubau der IGS Aurich führe im nächsten Jahr zu einer Reduzierung der Auszahlungen in Höhe von 3,2 Mio. €. Erhöhte Auszahlungen würden bei der Kreisschulbaukasse und den verschiedenen Baumaßnahmen, insbesondere neu veranschlagte Maßnahmen, anfallen.

Im Haushaltsjahr 2019 liege die Differenz zwischen den Ein- und Auszahlungen um 3,3 Mio. € und 2020 um 5,2 Mio. € höher als im Finanzplan 2017 geplant. Die voraussichtlichen Fördermittel aus dem Nds. Kommunalen Investitionsförderungsgesetz (Seite 5) in Höhe von 3,3 Mio. € seien in diesen Summen noch nicht berücksichtigt.

Erfreulich sei, dass die Summe der Liquiditätskredite von über 50 Mio. € im Jahr 2014 auf 13,4 Mio. € am 12.10.2017 reduziert werden konnte. In diesem Betrag sei eine Weiterleitung an die Unternehmen und Einrichtungen des Landkreises in Höhe von 16 Mio. € enthalten, also würden im Kernhaushalt zurzeit keine Liquiditätskredite benötigt werden.



Vorsitzender Gossel bedankte sich bei Frau Saathoff.

Abgeordneter Strömer erläuterte den Antrag der Freien Wähler / FDP – Kreistagsfraktion zur Prüfung der Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen dem Landkreis Aurich und den kreisangehörigen Städten und Gemeinden sowie dem Landkreis Aurich und dem Land Niedersachsen (Anlage 4). Der Antrag solle zur weiteren Diskussion in die Fraktionen verwiesen werden.

Landrat Weber informierte, dass die Gemeinde Großefehn eine Entschuldungshilfe seitens des Landes in Höhe von 3,52 Mio. € erhalte. Der Landkreis beteilige sich mit 528.000 €. Hierüber sei auch in der letzten Woche in der Presse berichtet worden.

Das Land habe außerdem kürzlich schriftlich mitgeteilt, dass die Gemeinde Baltrum ebenfalls eine Entschuldungshilfe in Höhe von rund 2,5 Mio. € erhalte. Gemäß der bisherigen Praxis würde der Landkreis Aurich 375.000 € bezahlen, hierüber werde in der Kreistagssitzung im Dezember entschieden. Sehr erfreulich sei, dass damit bereits die fünfte Kommune im Landkreis Aurich entschuldet werden könne.

Bezüglich der Erstattung der Kindergartenkosten werde zurzeit mit den Gemeinden verhandelt.

Frau Saathoff sagte, dass die Landkreise gegenüber dem Land Niedersachsen durch den Niedersächsischen Landkreistag (NLT) vertreten werden würden. Sie selbst sei Mitglied im Finanzausschuss des NLT. Der NLT habe im September gegenüber dem Land eine bessere Finanzausstattung der Landkreise gefordert (Anlage 5).

Abgeordnete Kleinert verließ den Sitzungsraum um 17.24 Uhr.

Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel monierte die Verfahrensweise bei den Haushaltsberatungen. Der Investitionsplan sei heute vorgestellt worden. In den nächsten Wochen würden Sitzungen der Fachausschüsse stattfinden, in denen über Haushaltsansätze beraten werde. Diese Mittel würden bei einer positiven Beschlussempfehlung in den Haushaltsplanentwurf übernommen werden. Für sie stelle sich die Frage, inwieweit der Finanzausschuss eine Vorgabe machen könne. In den letzten Jahren habe der Finanzausschuss den haushaltsrelevanten Empfehlungen der Fachausschüsse nur Folge geleistet, ohne Kürzungen etc. vorzunehmen. Sie frage sich, welchen Stellenwert der Finanzausschuss habe.

Landrat Weber erklärte, dass grundsätzlich alle Fachausschüsse (Ausnahme: Jugendhilfeausschuss) nur Empfehlungsbeschlüsse fassen können. Die Entscheidung treffe der Kreisausschuss bzw. der Kreistag. Der Finanzausschuss habe gegenüber den anderen Ausschüssen keine Sonderstellung.

Abgeordneter Strömer wies darauf hin, dass in der gestrigen Personalausschusssitzung mehrere Tagesordnungspunkte zur Beratung in den Fraktionen verwiesen worden seien.

Abgeordnete Jeromin-Oldewurtel sprach sich für eine Haushaltskonsolidierung aus. Mittelfristiges Ziel solle es sein, keine Nettoneuverschuldung einzugehen. Ziel müsse es sein, die Plandaten für das Folgejahr einzuhalten. Denkbar sei, dass der Finanzausschuss für die einzelnen Teilhaushalte (z.B. für das Amt für Kinder, Jugend und Familie) einen gewissen Zuschussbetrag vorgebe.



Landrat Weber sagte, dass gerade beim Amt für Kinder, Jugend und Familie die Vorgabe einer finanziellen Obergrenze sehr schwierig sei, weil es sich um eine gesetzliche Verpflichtung handele. Dieses gelte für alle Transferleistungen. Einsparungen seien nur bei freiwilligen Leistungen möglich. Die freiwilligen Aufgaben wurden durch Verwaltung und Politik bereits mehrfach überprüft.

Abgeordneter Meyer fasste zusammen, dass in der heutigen Sitzung der Investitionsplan mit den Änderungen im Vergleich zum Vorjahr vorgestellt worden sei. In den nächsten Wochen und Monaten seien viele Sitzungen zur Haushaltsberatung vorgesehen.

Abgeordneter Gossel verwies auf die anstehenden Fraktionsberatungen zum Haushalt.

TOP 7 Verschiedenes, Wünsche, Anregungen

Antrag vom Europahaus Aurich auf Gewährung eines Zuschusses

Frau Saathoff informierte, dass das Europahaus Aurich einen Antrag auf Gewährung eines Zuschusses in Höhe von 25.000 € gestellt habe. In der Sitzung des Kreistages am 28.03.2017 sei die Zuschussgewährung mehrheitlich abgelehnt worden. Zu einer der nächsten Sitzung des Finanzausschusses werde eine Beschlussvorlage vorbereitet.

Abgeordneter Meyerholz sagte, dass eine Lösung für die Zukunft gefunden werden müsse, bevor jedes Jahr erneut über den Antrag beraten werde.

Landrat Weber teilte mit, dass die Verwaltung die Angelegenheit bereits prüfe. Denkbar sei eine vertragliche Gestaltung zur Gewährung eines Zuschusses.

TOP 8 Einwohnerfragestunde

Zu diesem Tagesordnungspunkt lagen keine Wortmeldungen vor.

TOP 9 Schließung der Sitzung

Vorsitzender Gossel schloss die Sitzung mit einem Dank an die Teilnehmer um 17.44 Uhr.

gez. Gossel
Vorsitzender

gez. Hanekamp
Protokollführerin